

## Schwerpunkt Aktuelles zum Coronavirus

## Einzelfälle «schaden der ganzen Branche»

**Kontrolle** Die meisten Gastronomen bemühen sich laut Gesundheitsminister Frick, die 3G-Pflicht umzusetzen. Auch deshalb will er bei vorsätzlichen Verstössen hart durchgreifen.

VON DAVID SELE

Die 3G-Regel stösst in der Gastronomie auf gemischte Gefühle. Als sie beschlossen wurde, gab sich der Präsident des Hotel- und Gastronomieverbandes, Walter Hagen, noch optimistisch. Am Tag der Einführung war sein Fazit jedoch vernichtend. Die Umsetzung sei nicht praktikabel. Es folgte ein Gespräch mit der Regierung, das Hagen wiederum zuversichtlich stimmte.

Am Mittwoch präsentierte die Regierung nun Abänderungen der Coronaverordnung, die zumindest teilweise auch ein Ergebnis dieses Gesprächs sind. Beispielsweise können Gastronomen künftig auch nationale Impfungszertifikate von Nicht-EU-Staaten als 3G-Nachweis akzeptieren. Bisher musste der Nachweis zwingend mit der europäischen Lösung erbracht werden.

Die Regierung stellte zudem auch klar, dass die Identitätskarte zusätzlich zum Zertifikat nur verlangt werden muss, wenn der Gast dem Wirt unbekannt ist. Und auch ein Ausweichverhalten sei nicht möglich: 3G gilt auch an Feiern in Vereinslokalen und Veranstaltungen mit geschlossener Gesellschaft. Keine 3G-Pflicht gibt es nur für Veranstaltungen in den eigenen vier Wänden, wie Gesundheitsminister Manuel Frick ausführte.

Bezüglich Testkapazitäten hätten sich die Gastronomen ja innert kürzester Zeit bereits selbst geholfen, sagte Wirtschaftsministerin Sabine Monauni. Weitere offene Fragen werde sich die Regierung fortlaufend anschauen. «Mir kam aber auch zu Ohren, dass sich die 3G-Regel nun bereits besser eingespielt hat», sagte Monauni mit Blick auf die anfängli-

chen Klagen. Der Gesundheitsminister betonte: «Die Gastronomen machen es wirklich sehr gut.» Die ganz grosse Mehrheit bemühe sich sehr, die geltenden Bestimmungen korrekt umzusetzen. Und da sei es natürlich «ärgerlich», wenn Einzelne das nicht tun. «Es ist schade, wenn dann diese Einzelfälle herangezogen werden, bei denen es nicht klappt. Das schadet der ganzen Branche.»

#### Schliessung droht

Jedenfalls werde die Einhaltung der 3G-Regel kontrolliert. Wer vorsätzlich gegen die Coronaverordnung verstosse, werde gebüsst - dies gelte für Betriebe als auch für Einzelpersonen gleichermaßen. Und es könnten auch Lokale geschlossen werden, die sich partout nicht an die Regeln halten wollen.

Die Kontrollen würden «risikobasiert» durchgeführt. Das heisst, in erster Linie wird dort kontrolliert, wo es Grund zur Annahme gibt, dass die Regeln nicht eingehalten werden. Mittels Stichproben sei die Überprüfung der 3G-Regel in der Praxis dann relativ einfach. Es werden Zertifikate einiger Besucher gescannt.

Wie die Regierung gedenkt, mit dem Ruggeller Rössle zu verfahren, wollte Frick nicht sagen. Zu Einzelfällen werde er konsequent nicht Stellung nehmen. «Aber die entsprechenden Vollzugsorgane können eine Betriebsschliessung verordnen und werden vor diesem Mittel auch nicht zurückschrecken», so Frick.

Das Rössle sperrte sich im Sommer bereits gegen die Umsetzung der damals geltenden Maskenpflicht. Auch jetzt hatte Wirtin Doris Öhri an einer Demonstration in Vaduz angekündigt, die 3G-Pflicht zu ignorieren. Bei einer ersten Kontrolle des Amtes für Lebensmittelkontrolle

und Veterinärwesen (ALKVW) bestätigte sich dies, wie das Rössle von sich aus publik machte.

Für den heutigen Donnerstag steht in dem Ruggeller Gasthof ein weiterer Besuch des Amtes an. Die Wirte geben sich kämpferisch, setzen auf die Unterstützung aus der Szene der Coronamassnahmen-Gegner. Wie Jungwirtin Ramona Öhri auf Youtube sagte, rechnet sie nicht mit einer Bestrafung durch das Amt. Schliesslich gebe es keine rechtliche Grundlage für die 3G-Pflicht, meint Öhri.

Gesundheitsminister Manuel Frick hat eine andere Meinung: Die Bestimmungen in der Coronaverordnung seien klar und diese seien auf gesetzlicher Ebene breit abgestützt. «Etwa auf dem Gesundheitsgesetz, dem Epidemienengesetz und weiteren Gesetzen. Diese sind in der Verordnung aufgelistet», so Frick.

#### Risch hofft auf Vernunft aller

Apropos konsequente Durchsetzung: Die Organisatoren der Coronademo vergangene Woche wendeten ihr Schutzkonzept nicht an und die Behörden sahen wort- und tatenlos zu. Können andere Veranstalter auch auf diese Nachlässigkeit hoffen? «Das Wort Nachlässigkeit möchte ich in diesem Zusammenhang nicht hören. Es wird kontrolliert und Schutzkonzepte sind einzuhalten», sagte Gesundheitsminister Manuel Frick. Regierungschef Daniel Risch intervenierte: Manchmal sei es verhältnismässiger, nicht sofort einzugreifen. Stattdessen könnten als Konsequenz die Auflagen für eine nächste Veranstaltung verschärft und dann im Wiederholungsfall eingegriffen werden. «Man hofft ja immer auf die Vernunft aller Beteiligten, das gilt auch in diesem Fall», so Risch.



Informierten über die Coronabeschlüsse der Regierung: (v. l.) Gesundheitsminister Manuel Frick, Regierungschef Daniel Risch, Wirtschaftsministerin Sabine Monauni. (Foto: IKR)

### Das Wichtigste in Kürze

Die Regierung hat diverse Punkte in der Covid-19-Verordnung angepasst:

- **Quarantäne-Verkürzung:** Neu besteht die Möglichkeit, mit einem negativen PCR-Test die Quarantäne auf sieben Tage zu verkürzen.

- **3G-Regel:** Restaurants und Hotels sowie Freizeit- und Kulturbetriebe dürfen von Personen aus Staaten ausserhalb der EU und der Schweiz vorerst von den jeweiligen Staaten ausgestellte Impfnachweise akzeptieren.

- **Coronatests:** Die Testkosten für den Monat Oktober werden vom Staat übernommen.

- **Pooltests:** Die Testprogramme in Betrieben und Schulen werden bis Ende Jahr weitergeführt und optimiert.

- **Wirtschaft:** Die Kurzarbeitsentschädigung sowie der Härtefall-Zuschuss wird bis Ende Jahr verlängert, auch die Gemeinden setzen ihre Unterstützungsprogramme bis Ende Jahr fort. Zudem wurde im Grundsatz eine rückwirkende Wiedereinführung des Covid-19-Taggelds auf den 1. Juli beschlossen, der Landtag muss hierzu noch die Mittel sprechen.

## Wirtschaftshilfen noch bis Ende Jahr verlängert

**Unterstützung** Eigentlich sollten die Wirtschaftshilfen Ende des Monats auslaufen. Doch die Situation hat sich wieder etwas verschärft, weshalb die Regierung die Massnahmen verlängert.

VON DANIELA FRITZ

Anders als bei den Massnahmen kann die Regierung bei den Wirtschaftshilfen völlig unabhängig von der Schweiz handeln. Und das tut sie. Wie Wirtschaftsministerin Sabine Monauni gestern bekannt gab, sollen die Kurzarbeitsentschädigung und Härtefallzuschüsse bis Ende Jahr ausbezahlt werden. Die Regierung wird dem Landtag noch einen entsprechenden Nachtragskredit vorlegen. Parallel dazu verlängern auch die Gemeinden ihr Unterstützungsprogramm für jene Betriebe, die durch das Raster der Regierung fallen.

#### Bisher glimpflich durch die Krise

Ursprünglich sollten diese Unterstützungsleistungen Ende September auslaufen, eine Verlängerung war eigentlich nicht angedacht. Lange sah es auch nicht so aus, als müsse der Staat der Wirtschaft nochmals unter die Arme greifen. Bis Mitte September wurden zwar bereits 109,8 Millionen Franken ausbezahlt - fast zwei Drittel davon in Form der

Kurzarbeitsentschädigung. «Die hohe Ausschöpfung zeigt, dass die Wirtschaftshilfen wichtig und richtig waren», fasste Monauni zusammen. In den letzten Monaten seien aber immer weniger Mittel beantragt worden und auch die Verbände seien davon ausgegangen, dass die meisten Unternehmen keine Kurzarbeit mehr anmelden müssen.

Dass die liechtensteinische Wirtschaft die Krise bisher vergleichsweise gut gemeistert hat, untermauerte Monauni zudem mit Daten aus dem Arbeitsmarkt: So lag die Arbeitslosenquote in den vergangenen drei Monaten bei niedrigen 1,5 Prozent - Liechtenstein steht damit im regionalen Vergleich am besten da. Zudem nehmen die offenen Stellen kontinuierlich zu, wobei nicht nur Fachkräfte gesucht werden, sondern auch ein Mangel an niedrig qualifiziertem Personal und Hilfskräften bestehe. «Die Lage am Arbeitsmarkt entspricht Vorkrisenniveau. Er zeigte sich sehr tragfähig und resistent», so Monauni. Dies beweise auch, dass die bisher gesetzten Massnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft gewirkt und Arbeitsplätze gesichert haben.

«Die aktuellen Entwicklungen zeigen aber, wie schnell sich die Situation ändern kann und Entscheide neu beurteilt werden müssen», verweist

die Wirtschaftsministerin auf erneut unterbrochene Lieferketten, die vor allem die Produktionsbetriebe stark belasten. Am härtesten betroffen seien aber nach wie vor die Gastronomie, Hotellerie und Veranstaltungsbranche, die nun mit der Einführung der Covid-Zertifikatspflicht zusätzlich verunsichert sind. «Wobei noch nicht klar ist, wie sich 3G auf den Umsatz auswirkt», so Monauni. Neuste Studien der Hochschule St. Gallen würden auf dem Land von einem Umsatzverlust von 20 Prozent ausgehen. «Wir befinden uns aber in einer Anfangsphase und hoffen, dass dies nur vorübergehend so ist und sich längerfristig zum Besseren wendet», zeigt sich Monauni optimistisch.

«Die Entwicklungen zeigen, wie schnell sich die Situation ändern kann und Entscheide neu beurteilt werden müssen.»

SABINE MONAUNI  
WIRTSCHAFTSMINISTERIN

und sich längerfristig zum Besseren wendet», zeigt sich Monauni optimistisch.

#### Lohnfortzahlung für Ungeimpfte

Rückwirkend auf den 1. Juli wird zudem das Covid-Taggeld wiedereingeführt, das ursprünglich per Ende Juni auslief. Damit sollen Arbeitgeber von der Lohnfortzahlungspflicht für quarantänepflichtige Arbeitnehmer entlastet werden. Gleichzeitig findet die Regierung so eine pragmatische Lösung für eine rechtlich noch ungeklärte Frage: Denn während geimpfte Personen nicht in Quarantäne müssen, wenn sie Kontakt zu einem Infizierten hatten, müssen sich

Ungeimpfte für zehn Tage isolieren. Die Wirtschaftsverbände sowie der liechtensteinische ArbeitnehmerInnenverband (LANV) empfahlen den Unternehmen daher zunächst, dass ungeimpfte Kontaktpersonen im Falle einer Quarantäne die Kosten selbst tragen müssen, sofern kein Homeoffice möglich ist. Dieses Problem hat sich mit der Wiedereinführung des Covid-Taggelds nun vorerst erledigt.

#### Coaching-Programm für Firmen

Langfristig soll die Wirtschaft aber wieder auf eigenen Beinen stehen können. «Ziel muss es nach wie vor sein, die staatlichen Unterstützungsleistungen so bald als möglich auslaufen zu lassen», betonte Monauni gestern. «Ich bin überzeugt, dass sich auch die besonders betroffenen Betriebe längerfristig auf die neue Normalität einstellen und erfolgreich ihrer Tätigkeit nachkommen können.»

Die Regierung möchte diesen Weg nicht nur finanziell unterstützen und hat deshalb ein Coaching-Programm ins Leben gerufen. Details stehen noch aus, Monauni meinte dazu gestern nur: «Unter externer Begleitung von professionellen Coaches soll in einer gemeinsamen Winteroffensive der nötige Transformationsprozess eingeleitet und erste Chancen im Hinblick auf das Wintergeschäft genutzt werden.» Die Regierung hofft, dass dieses Angebot rege in Kauf genommen wird.